

Stephanie von Meien, Cristobal Ramón und Hannah Tyler
Januar 2026

Steuern statt Spalten

Progressive Migrationspolitik für die USA und Deutschland



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Washington |
719 A Street, NE | Washington, DC 20002 | USA

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Dr Reinhard Krumm | Director | FES USA und Canada
reinhard.krumm@fes.de

Kontakt

fesdc@fesdc.org

Design/Layout

pertext | corporate publishing
www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Januar 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-98628-832-7

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Stephanie von Meien, Cristobal Ramón und Hannah Tyler
Januar 2026

Steuern statt Spalten

*Progressive Migrationspolitik für
die USA und Deutschland*

Inhalt

I. Einleitung	3
II. Zentrale Herausforderungen der Einwanderungspolitik	6
III. Strategien für Progressive	9
1. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine progressive Einwanderungspolitik zurückgewinnen	9
2. Flexible Migrationssysteme entwickeln, die dem nationalen Interesse dienen	10
3. Kommunikation entscheidet: Warum progressive Akteure das Feld nicht der Rechten überlassen dürfen	14
IV. Fazit	17

I. Einleitung

»Dem Bundeskanzler entgleitet das eigene Land«, warnte Friedrich Merz – damals Oppositionsführer, heute Bundeskanzler – im Bundestagswahlkampf 2024. Die Bundesregierung müsse einen nationalen Notstand ausrufen, sollte es der EU nicht gelingen, die illegale Migration einzudämmen.¹ Ein Jahr zuvor hatte bereits Jens Spahn, heute Fraktionsvorsitzender der CDU, erklärt, das Land brauche eine Pause von der »völlig unkontrollierten Asylumigration«.²

In den USA begann Donald Trump seine erste Präsidentschaftskampagne 2015 mit der Behauptung, Mexiko schicke Kriminelle und Vergewaltiger über die Grenze.³ Irreguläre Einwanderung bezeichnete er wiederholt als »Invasion«, die gestoppt werden müsse.⁴ Und laut seinem stellvertretenden Stabschef Stephen Miller werde die Eindämmung der illegalen Einwanderung Hunderte Milliarden US-Dollar an Steuergeldern sparen.⁵

Immer häufiger greifen Politiker_innen in Deutschland und den Vereinigten Staaten die Sorgen der Wähler_innen in Fragen der Einwanderung auf – und verschärfen sie dabei oft noch. Narrative von Kontrollverlust, Kriminalität und steigenden öffentlichen Kosten prägen die Debatte in vielen Aufnahmeländern. Im Zentrum der Schuldzuweisungen steht dabei die weit verbreitete Auffassung, staatliche Institutionen und politische Eliten hätten versagt. Die Migrationspolitik der vergangenen Jahre zählt für viele Wähler_innen zu den wichtigsten politischen Anliegen, dennoch haben sie häufig das Gefühl, dass ihre Sorgen nicht ernst genommen werden.⁶

Diese Wahrnehmung gewinnt angesichts aktueller Migrationsentwicklungen an Bedeutung: 2024 lebten laut Schätzungen

der Vereinten Nationen weltweit rund 304 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes, verglichen mit 275 Millionen im Jahr 2020. Europa, die USA und Kanada beherbergten 2024 rund 155 Millionen Eingewanderte – das entspricht 51 Prozent aller internationalen Migrant_innen.⁷ Auch die Zahl der Vertriebenen hat ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht: Schätzungsweise 122 Millionen Menschen sind derzeit aufgrund von Konflikten, Katastrophen oder Verfolgung auf der Flucht, verglichen mit etwa 65 Millionen im Jahr 2015.⁸

Dabei spiegeln selbst diese hohen Zahlen nur einen Bruchteil der potenziellen internationalen Migration wider: Laut Daten des Meinungsforschungsinstituts Gallup würde etwa jeder sechste Erwachsene weltweit – rund 900 Millionen Menschen – dauerhaft auswandern, wenn er die Möglichkeit dazu hätte.⁹

Die meisten wohlhabenden Zielländer sind weder in der Lage noch bereit, auch nur einen Bruchteil der Millionen Menschen aufzunehmen, die auf ein besseres Leben im Ausland hoffen. Im Gegenteil erschweren viele Länder Menschen aus ärmeren Staaten zunehmend die legale Einreise als Arbeitskräfte.

Als Konsequenz weichen viele Arbeitssuchende auf den einzigen verbleibenden Weg aus: das Asylsystem. Sie hoffen, so Zugang zum Arbeitsmarkt oder zumindest eine Grundversorgung während der oft jahrelangen Asylverfahren zu erhalten. Wird das Flüchtlingsystem jedoch von großen Teilen der Öffentlichkeit in den Aufnahmeländern – darunter auch viele Menschen mit Migrationshintergrund – vor allem mit Missbrauch assoziiert, schwindet die Unter-

1 Kiefer, Felix (2024): »Dem Kanzler entgleitet das eigene Land«, in: *Tagesspiegel*, 27. August 2024, <https://www.tagesspiegel.de/politik/dem-kanzler-entgleitet-das-eigene-land-merz-reicht-scholz-die-hand-und-wirft-ihm-zeitgleich-kontrollverlust-vor-12266762.html>.

2 Deutschlandfunk (2023): »Spahn fordert »Pause von dieser völlig ungesteuerten Asyl-Migration«, in: *Deutschlandfunk*, 20. August 2023, <https://www.deutschlandfunk.de/spahn-fordert-pause-von-dieser-voellig-ungesteuerten-asyl-migration-106.html>.

3 Ginyea, Don (2018): »The GOP's Evolution On Immigration«, in: *NPR*, 25. Januar 2018, <https://www.npr.org/2018/01/25/580222116/the-gops-evolution-on-immigration>.

4 Sullivan, K. / Iyer, K. (2024): »Trump says US is »like a garbage can for the world« as he rails against illegal immigration«, in: *CNN*, 24. Oktober 2024, <https://www.cnn.com/2024/10/24/politics/trump-us-garbage-can-immigration>.

5 C-Span (2025): »Stephen Miller Speaks to Reporters About Immigration Enforcement Policy«, 28. April 2025, <https://www.c-span.org/program/white-house-event/stephen-miller-speaks-to-reporters-about-immigration-enforcement-policy/659207>.

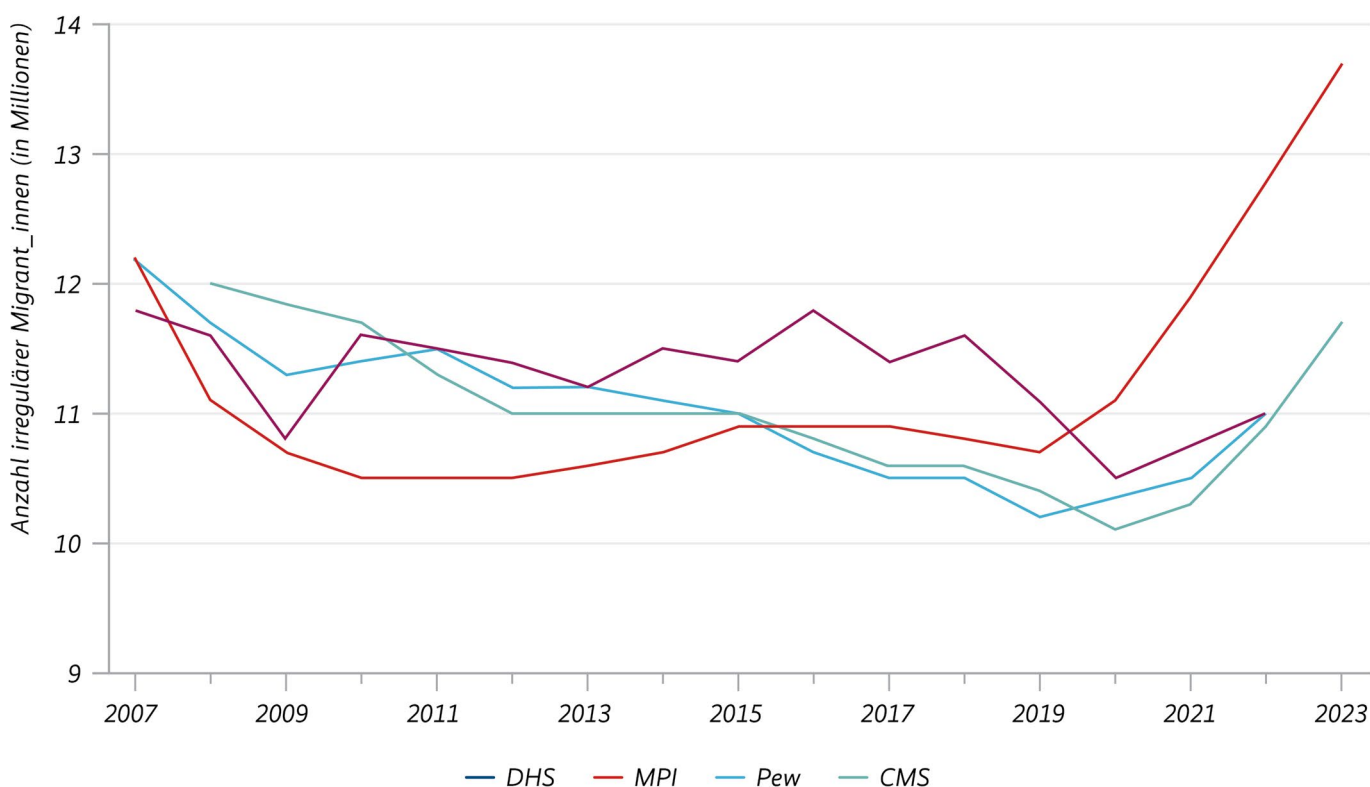
6 Hoelzl, Verena (2025): »Wahlberechtigte skeptisch zu gemeinsamer Migrationspolitik«, in: *Die Zeit*, 15. Februar 2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-02/umfrage-forsa-migration-parteien-konsens>.

7 Paez-Degeller, Verónica (2025): »Top Statistics on Global Migration and Migrants«, Migration Policy Institute (MPI), 26. August 2025, <https://www.migrationpolicy.org/article/top-statistics-global-migration-migrants?eType=EmailBlastContent&eId=9c2fa7e2-f01e-4969-ba4c-6b96fa381b29>.

8 UNHCR (2025): »Number of people uprooted by war at shocking, decade-high levels«, Pressemitteilung, 12. Juni 2025, <https://www.unhcr.org/us/news/press-releases/number-people-uprooted-war-shocking-decade-high-levels-unhcr>.

9 Ray, Julie / Pugliese, Anita (2024): »Desire to Migrate Remains at Record High«, in: *Gallup*, 30. Oktober 2024, <https://news.gallup.com/poll/652748/desire-migrate-remains-record-high.aspx>.

2007–2023



Quelle: Economic Policy Institute.

stützung dafür. Damit geht häufig auch die Bereitschaft verloren, eine liberalere Migrationspolitik insgesamt mitzutragen.¹⁰

Die Lage war allerdings weder in den USA noch in Deutschland jemals so dramatisch oder außer Kontrolle, wie die zuvor zitierten Aussagen vermuten lassen. Die Nettozuwanderung nach Deutschland (einschließlich Asylbewerber_innen) sank 2024 um etwa 35 Prozent auf 430.000 Personen; Spitzenwerte von mehr als einer Million wurden 2015 und 2022 zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien bzw. des russischen Angriffs auf die Ukraine verzeichnet.¹¹

Auch die Behauptung von Präsident Trump, in den USA lebten 20 Millionen irreguläre Migrant_innen, hält einer statistischen Prüfung nicht stand. Für das Jahr 2023 wurde ihre

Zahl auf 11,7 bis 13,7 Millionen geschätzt¹² – ein Höchstwert, aber immer noch deutlich unter der Behauptung des Präsidenten.

Weder reguläre noch irreguläre Migrant_innen in den USA begehen häufiger Straftaten als einheimische Bürger_innen. Selbst in Gemeinden mit hohem Einwandereranteil zeigt sich keine erhöhte Kriminalitätsrate.¹³ Solange der Arbeitskräftemangel in Branchen wie Landwirtschaft, Bauwesen und Gastgewerbe anhält, sind sich die meisten Ökonom_innen einig, dass die US-Wirtschaft insgesamt von Einwanderung profitiert.¹⁴

Dennoch dürfte es politisch schwierig sein, die Einwanderung in Ländern wie Deutschland und den USA dauerhaft auf dem bisherigen Niveau zu halten. Ausschlaggebend ist

¹⁰ The Economist (2025): »The global asylum system is falling apart«, in: *The Economist*, 10. Juli 2025, <https://www.economist.com/briefing/2025/07/10/the-global-asylum-system-is-falling-apart>.

¹¹ Statistisches Bundesamt (2025): »Nettozuwanderung 2024 auf 430 000 Personen gesunken«, Pressemitteilung, 24. Juni 2025, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_224_12411.html.

¹² Costa, Daniel / Bivens, Josh / Morrissey, Monique (2025): »Unauthorized immigrants and the economy«, Economic Policy Institute, 15. April 2025, <https://www.epi.org/publication/unauthorized-immigrants/>.

¹³ Ruiz Soto, Ariel G (2024): »Explainer: Immigrants and Crime in the United States«, Migration Policy Institute (MPI), Oktober 2024, https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/mpi-explainer-immigration-crime-2024_final.pdf.

¹⁴ Gelatt, Julia (2024): »Explainer: Immigrants and the U.S. Economy«, Migration Policy Institute (MPI), Oktober 2024, <https://www.migrationpolicy.org/content/explainer-immigrants-and-us-economy>.

vor allem die weit verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Migrationspolitik ihrer Regierungen. Zwar zeigen aktuelle Umfragen, dass Einwanderung als solche nicht zwingend als schädlich für das eigene Land wahrgenommen wird,¹⁵ zugleich ist die Frustration über die bestehende Migrationspolitik so groß, dass in den USA ein Präsident gewählt wurde, der Angriffe auf Migrant_innen zum zentralen Wahlkampfthema gemacht hat. In Deutschland stieg die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) – vom Verfassungsschutz unter anderem wegen ausländerfeindlicher Rhetorik als extremistisch eingestuft – in den vergangenen fünf Jahren in der Wählergunst von 10 auf 25 Prozent.¹⁶

Diese wachsende Frustration wirft die Frage auf, wie ein anderer Umgang mit dem Thema Migration aussehen könnte. Die Trump-Regierung zeigt in ihrer zweiten Amtszeit erneut, dass ihre Härte gegenüber Eingewanderten kaum Grenzen kennt: Migrantenkinder werden an der Grenze von ihren Eltern getrennt, die Einwanderungsbehörde ICE versetzt mit groß angelegten, brutalen Razzien ganze Wohngebiete in Angst und Schrecken, und immer wieder werden Menschen ohne ordnungsgemäße Verfahren festgesetzt und in Drittstaaten abgeschoben.¹⁷ Umfragen deuten darauf hin, dass die Härte dieser Maßnahmen deutlich über das hinausgeht, was große Teile der Bevölkerung unter Ordnung und Kontrolle in der Einwanderungspolitik verstehen.¹⁸

Gleichzeitig zeigen Umfragen auch, wie skeptisch viele Wähler_innen gegenüber der Fähigkeit progressiver Parteien sind, Migration effektiv zu steuern.¹⁹ Sowohl die USA als auch Deutschland sind jedoch auf Migrant_innen angewiesen, um den Druck auf den Arbeitsmarkt infolge der alternierenden Bevölkerung auszugleichen. Zudem verdeutlichen die jüngsten Entwicklungen in den USA, dass das Thema Einwanderung einem Rechtspopulismus zur Macht verhelfen kann, der letztlich demokratiegefährdend ist.

Dieses Papier stellt drei Ansätze vor, wie progressive Entscheidungsträger_innen Migration entschlossen und fair gestalten können, ohne auf Grausamkeit, Abschreckung oder Einschüchterung zu setzen.

15 Saad, Lydia (2025): »Surge in U.S. Concern About Immigration Has Abated«, in: *Gallup*, 11. Juli 2025, <https://news.gallup.com/poll/692522/surge-concern-immigration-abated.aspx>; Einsporn, Hannes (2025): »Eine Migrationspolitik jenseits der Spaltung«, Robert-Bosch-Stiftung, 11. August 2025, <https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/eine-migrationspolitik-jenseits-der-spaltung>.

16 Henrich, Philipp (2025): »Ergebnisse der Sonntagsfrage im Zeitverlauf seit der Bundestagswahl 2017 bis 2025«, Deutsches Bundesamt für Statistik, 4. September 2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1227103/umfrage/ergebnisse-der-sonntagsfrage-lange-zeitreihe/>.

17 Cheney, Kyle / Ward, Myah (2025): »Trump's new detention policy targets millions of immigrants. Judges keep saying it's illegal«, in: *Politico*, 20. September 2025, <https://www.politico.com/news/2025/09/20/ice-detention-immigration-policy-00573850>.

18 Saad, Lydia (2025): »Surge in U.S. Concern About Immigration Has Abated«, in: *Gallup*, 11. Juli 2025, <https://news.gallup.com/poll/692522/surge-concern-immigration-abated.aspx>.

19 Siehe u. a. Infratest Dimap (2025): »ARD-DeutschlandTREND September 2025«, September 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/september/>; Ballard, Jamie (2025): »Americans trust the Democratic Party more on health care and Republicans more on immigration«, YouGov US, 28. Mai 2025, <https://today.yougov.com/politics/articles/52266-americans-trust-the-democratic-party-more-on-health-care-and-republicans-more-on-immigration>.

II. Zentrale Herausforderungen der Migrationspolitik

Weltweit haben Wahlen in den vergangenen Jahren gezeigt, welch hohe Bedeutung das Thema Einwanderung für viele Wähler_innen hat. Klar ist auch: Die Debatte über Migration wird weitgehend von rechten und rechtsextremen Politiker_innen dominiert, in deren Maßnahmenkatalog Grenzsicherungen und eine Verschärfung der Abschiebepolitik im Vordergrund stehen. Gemäßigte und progressive Politiker_innen haben hingegen oft Schwierigkeiten, eine Vision für die Migrationspolitik zu entwickeln, die in der breiten Öffentlichkeit Anklang findet.

Rechte Deutungshoheit

Einwanderung ist seit Langem ein heikles Thema für linke Parteien wie die Demokraten in den USA oder die Sozialdemokraten in Deutschland. Der progressive Umgang mit Einwanderung und Einwanderungspolitik beschränkt sich allzu oft darauf, das Thema nach Möglichkeit zu umgehen und sich, wenn nötig, defensiv zu verhalten. Das geringe Interesse an einer offensiveren Positionierung beruht auf wiederkehrenden Erfahrungen: Für progressive Wähler_innen spielt das Thema meist eine untergeordnete Rolle, während es für rechte Parteien ein Kernthema darstellt, das deren Basis zuverlässig mobilisiert.²⁰

Somit besteht die Gefahr, das Thema durch eine ausführliche Debatte zusätzlich aufzuwerten und damit vor allem jenen in die Hände zu spielen, die es politisch besetzen: in den meisten Fällen der extremen Rechten. Ist Einwanderung für viele Wähler_innen nur von geringer Priorität, unterstützen sie mitunter Kandidat_innen, deren Positionen sie in diesem Punkt nicht teilen. Gewinnt das Thema jedoch an Bedeutung, kann es zum entscheidenden Wahlkampffaktor werden – und zwar meist zum Vorteil der populistischen Rechten.²¹

Die Scheu, das Thema Einwanderung offensiv zu adressieren, hat dazu beigetragen, dass es heute weitgehend von rechten Kräften geprägt wird. Dabei ist die parteipolitische

Zuordnung keineswegs festgeschrieben: Wähler_innen können Einwanderung durchaus auch positiv mit progressiven Kräften verbinden. Entscheidend ist das Vertrauen, dass Regierungen Migration im Interesse der Bevölkerung wirksam steuern können. Wo dieses Vertrauen besteht, sind die Menschen auch deutlich eher bereit, eine liberalere Einwanderungspolitik zu unterstützen.²² Wo Demokraten ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Durchsetzung von Einwanderungsregeln und gezielten Liberalisierungen verfolgt haben – also Grenzsicherung kombiniert mit legalen Zugangswegen –, war ihre Politik populär und stärkte das Vertrauen in das System.²³ Ebenso wichtig ist der Hinweis, dass der Großteil der Einwanderung in Deutschland und den USA regulär verläuft und die meisten Menschen mit Visum oder Arbeitserlaubnis über offizielle Wege einreisen.²⁴

Darüber hinaus wird die Debatte in beiden Ländern häufig durch eine übermäßige Fixierung auf Grenzen und irreguläre Migration verzerrt. Diese Vermischung verengt den Raum für eine sachliche Diskussion über andere Aspekte – insbesondere über legale Wirtschaftsmigration – und spielt am Ende erneut rechten Parteien in die Hände.

Fehlende progressive Narrative

Da progressive Kräfte das Thema Einwanderung lange Zeit gemieden haben, fehlt den Demokraten in den USA ebenso wie den linken Parteien in Deutschland eine kohärente Botschaft oder übergreifende Erzählung. Rechte Parteien verfolgen hingegen eine klare, negative Kommunikationsstrategie, die stark auf Angst und Emotionalität setzt.²⁵ Dieses Ungleichgewicht spiegelte sich auch deutlich in den Werbeausgaben während des US-Präsidentenwahlkampfes 2024 wider: Von Januar bis Oktober 2024 investierten die Republikaner in zwölf umkämpften Bundesstaaten insgesamt 573 Millionen US-Dollar in Fernsehwerbung zum Thema Einwanderung, während die Demokraten lediglich 107 Millionen US-Dollar ausgaben.²⁶ Damit überstiegen die

20 Public Religion Research Institute (2024): »Herausforderungen für die Demokratie: Die Wahl 2024 im Fokus«, 11. Oktober 2024, <https://www.prrri.org/research/challenges-to-democracy-the-2024-election-in-focus-findings-from-the-2024-american-values-survey/>.

21 Ebd.

22 Kustov, Alexander (2025): *In Our Interest: How Democracies Can Make Immigration Popular*, New York: Columbia University Press.

23 Mortimer, Colin (2025): »Democrats Lost the Immigration High Ground. For What?«, in: *The Hill*, 15. März 2025, <https://thehill.com/opinion/immigration/5195102-democrats-immigration-fail/>.

24 Kingsbury, Kathleen (2025): »To Understand Global Migration, You Have to See It First«, in: *The New York Times*, 17. April 2025, <https://www.nytimes.com/interactive/2025/04/17/opinion/global-migration-facebook-data.html>.

25 Rosas, Greisa Martínez (2025): »Why Democrats Fail the Immigration Test Every Time«, in: *The New York Times*, 12. Februar 2025, <https://www.nytimes.com/2025/02/12/opinion/immigration-republicans-democrats-crisis.html>.

26 Catalyze/Citizens (2024): »Right-Wing Playbook: Immigration Ads and Narratives«, November 2024, https://catalyzecitizens.org/wp-content/uploads/2024/11/cc_2024-right-wing-spending-and-narratives-report.pdf.

Ausgaben der Republikaner deutlich die 171 Millionen US-Dollar, die sie bereits während der Zwischenwahlen 2022 für TV-Wahlwerbung zu diesem Thema aufgewendet hatten.²⁷

Wenn progressive Parteien Botschaften zu Einwanderung platzieren, setzen sie oft auf persönliche Geschichten und moralische Argumente, die im Wettbewerb mit Angst- oder Sicherheitsnarrativen jedoch häufig unterliegen.²⁸ Deutlich wirksamer sind Argumente, die materielle Eigeninteressen und wirtschaftliche Rationalität betonen, insbesondere vor dem Hintergrund des akuten Arbeitskräftemangels, mit dem beide Länder konfrontiert sind.

Steigender Bedarf an Einwanderung, sinkende öffentliche Unterstützung

Eine der drängendsten Herausforderungen – nicht nur in den USA und Deutschland – ist die sinkende öffentliche Unterstützung für Einwanderung, obwohl alternde Gesellschaften und niedrige Geburtenraten in vielen Industrieländern mehr Zuwanderung dringend erforderlich machen. In den USA ist Einwanderung seit der Corona-Pandemie der wichtigste Wachstumstreiber,²⁹ insbesondere in den großen Metropolregionen: In den Jahren 2022 und 2023 ging das gesamte Bevölkerungswachstum erstmals seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1850 allein auf Einwanderung zurück.³⁰ Auch in Deutschland und mehreren europäischen Staaten war Zuwanderung zwischen 2000 und 2020 der ausschließliche Motor des Bevölkerungswachstums und wirkte dem demografischen Rückgang damit spürbar entgegen.³¹

Umfragen der vergangenen Jahre zeigen, dass viele Menschen Einwanderung inzwischen deutlich kritischer bewerten. In einer Gallup-Erhebung vom Juli 2024 sprach sich erstmals seit 2005 eine Mehrheit der US-Amerikaner_innen (55 %) für

weniger Einwanderung aus.³² Auch im Präsidentschaftswahlkampf 2024 zeigte sich breite Unterstützung für eine härtere Durchsetzung der Einwanderungsgesetze, einschließlich Massenabschiebungen (51–62 %).³³ Zudem lag Trump beim Thema Migration in Umfragen zeitweise fast 15 Prozentpunkte vor seiner Konkurrentin Kamala Harris.³⁴ Ähnlich ist die Lage in Deutschland: 82 Prozent der Befragten befürworten eine restriktivere Einwanderungspolitik, und 50 Prozent sind der Ansicht, Migration bringe mehr Kosten als Nutzen mit sich.³⁵

Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass die Einwanderungssysteme in den USA und Deutschland veraltet sind und den heutigen Migrationsrealitäten kaum gerecht werden. In den USA liegt die letzte umfassende Reform fast vier Jahrzehnte zurück (1986), sodass das System insbesondere angesichts veränderter Migrationsmuster an der Südwestgrenze nicht mehr zeitgemäß ist. Überlastung und chronische Unterfinanzierung führen zu einer weiteren Zerrüttung. Ein zentrales Beispiel ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Asylanträgen von 4,3 Jahren (Stand: Anfang 2024).³⁶ In Deutschland sind die Verfahren mit etwas mehr als einem Jahr zwar kürzer,³⁷ doch dürfen Asylbewerber_innen während der Prüfung ihres Antrags oft nicht arbeiten, was die rechten Erzählungen über angeblichen Sozialleistungsmisbrauch zusätzlich befeuert.

Einwanderung als Projektionsfläche für andere Themen

In der öffentlichen Debatte wird Einwanderung häufig zur Projektionsfläche für andere schwer lösbare innenpolitische Probleme – von wirtschaftlichen Sorgen³⁸ über Wohnungsnot³⁹ bis hin zu Kriminalität.⁴⁰ Viele Bedenken kreisen dabei um ähnliche Punkte: Migrant_innen würden die Arbeitsplätze von gering Qualifizierten »stehlen« oder Löhne drü-

27 Ebd.

28 Rosas (2025).

29 Kamp, Jon / Overberg, Paul / Rust, Max (2024): »Immigrants Dominate U.S. Population Growth«, in: *The Wall Street Journal*, 19. Dezember 2024, <https://www.wsj.com/us-news/census-data-immigration-state-population-changes-9f8f4508>; Frey, William H. (2025): »Recent Immigration Brought a Population Rebound to America's Major Metro Areas, New Census Data Show«, in: *Brookings*, 10. April 2025, <https://www.brookings.edu/articles/recent-immigration-brought-a-population-rebound-to-americas-major-metro-areas-new-census-data-show/>.

30 Migration Policy Institute (2025): »Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Einwanderung für das gesamte Bevölkerungswachstum der USA im Jahresvergleich verantwortlich«, 12. März 2025, <https://www.migrationpolicy.org/news/statistics-us-immigration-2025>.

31 Kramer, Stephanie (2024): »In einigen Ländern war die Einwanderung zwischen 2000 und 2020 für das gesamte Bevölkerungswachstum verantwortlich«, Pew Research Center, 8. Juli 2024, <https://www.pewresearch.org/short-reads/2024/07/08/in-some-countries-immigration-accounted-for-all-population-growth-between-2000-and-2020/>.

32 Jones, Jeffrey M (2024): »Sharply More Americans Want to Curb Immigration to U.S.«, in: *Gallup*, 12. Juli 2024, <https://news.gallup.com/poll/647123/sharply-americans-curb-immigration.aspx>.

33 Narea, Nicole (2024): »Welche Einwanderungspolitik wollen die Amerikaner eigentlich?«, in: *Vox*, 27. August 2024, <https://www.vox.com/policy/368889/immigration-border-polls-election-2024-trump-harris>.

34 Zitner, Aaron (2024): »Trump Takes Narrow Lead Over Harris in Closing Weeks of Race«, in: *The Wall Street Journal*, 23. Oktober 2024, <https://www.wsj.com/politics/elections/trump-leads-harris-wsj-poll-779f8516>.

35 Hildebrandt, Tina (2024): »Schaffen wir das noch?«, in: *Die Zeit*, 11. September 2024, <https://www.zeit.de/2024/39/migration-umfrage-asylpolitik-rechtsradikalismus>.

36 National Immigration Forum (2024): »Explainer: Asylum Backlogs«, 23. Januar 2024, <https://immigrationforum.org/article/explainer-asylum-backlogs>.

37 Statista (2025): »Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Asylanträgen in Deutschland von 2019 bis 2025«, 9. September 2025, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1561090/umfrage/verfahrensdauer-bei-asylantraegen-in-deutschland/>.

38 Laaker, Dillon (2023): »Economic Shocks and the Development of Immigration Attitudes«, *Cambridge Core*, 17. Mai 2023, <https://www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/economic-shocks-and-the-development-of-immigration-attitudes/7B2C59BC0FA28EF1A38A1499C4D35445>.

39 Wile, Rob (2024): »What Economists Say about JD Vance's Claim That Immigrants Drive up Housing Costs«, in: *NBC News*, 3. Oktober 2024, <https://www.nbc.com/2024/10/03/what-economists-say-about-jd-vances-claim-that-immigrants-drive-up-housing-costs.html>.

40 Hesson, Ted (2024): »Sheriffs Push Trump's 'Migrant Crime' Message with Scant Evidence«, in: *Reuters*, 31. Oktober 2024, <https://www.reuters.com/world/us/sheriffs-push-trumps-migrant-crime-message-with-scant-evidence-2024-10-31/>.

cken; sie belasteten die Sozialsysteme und beanspruchten zu viele öffentliche Leistungen (eine Sorge, die insbesondere in Deutschland häufig geäußert wird); sie verschärften den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und schürten soziale Spannungen; in den USA werden sie zudem oft mit steigender Kriminalität in Verbindung gebracht.

Studien zeigen, dass die Ablehnung von Einwanderung typischerweise zunimmt, wenn die wirtschaftliche Unsicherheit im Inland wächst,⁴¹ etwa bei steigenden Lebenshaltungskosten, Sorgen um die Finanzierbarkeit des Sozialstaats oder stark steigenden Immobilienpreisen.

Eine besondere Herausforderung für die USA: Exekutivmaßnahmen

In den USA haben der jahrzehntelange Stillstand in der Migrationsgesetzgebung und der Rückzug des Kongresses aus der zunehmend polarisierten Einwanderungspolitik⁴² ein besonderes Problem geschaffen: die Dominanz von Exekutivmaßnahmen (Executive Orders). Nur der Kongress könnte das System nachhaltig reformieren, doch alle Versuche einer umfassenden Reform sind bislang gescheitert. In der Folge wird die US-Einwanderungspolitik heute maßgeblich durch Präsidialerlasse und Gerichtsentscheide geprägt⁴³ – mit entsprechend wechselhaften und inkonsistenten Ergebnissen. In Trumps zweiter Amtszeit führt diese Verlagerung zu deutlich radikaleren Maßnahmen, als sie im Kongress mehrheitsfähig wären.

Eine besondere Herausforderung für Deutschland: Grenzschutz und europäische Zusammenarbeit

Deutsche Politiker_innen stehen vor einem anhaltenden Dilemma: Sie müssen auf öffentlichen Druck reagieren und Handlungsfähigkeit gegenüber irregulärer Migration demonstrieren, sind dabei jedoch auf eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten angewiesen. Die neue Bundesregierung hat strengere Grenzkontrollen und Zurückweisungen angekündigt, deren Rechtmäßigkeit nach Schengen- und Asylrecht allerdings umstritten ist. Umso stärker hängt ihr Erfolg vom Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ab – insbesondere davon, wie konsequent neue Verfahren, Grenzregelungen und Solidaritätsmechanismen umgesetzt werden. Entscheidend wird zudem sein, ob die Europäische Kommission die Einhaltung bestehender Regeln wie der Dublin-Verordnung durchsetzen kann, die von einigen Grenzstaaten unter hohem Migrationsdruck zuletzt nur noch teilweise angewandt wurde.⁴⁴

⁴¹ Laaker (2023).

⁴² Bolter, Jessica / Israel, Emma / Pierce, Sarah (2022): »Four Years of Profound Change«, Migration Policy Institute, Februar 2022, <https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/mpi-trump-at-4-report-final.pdf>.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Sommer, Hannah / Kasperek, Bernd (2024): »Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems«, Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Juli 2024, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/522800/reform-des-gemeinsamen-europaeischen-asylsystems/>.

III.

Strategien für Progressive

Trotz weit verbreiteter Skepsis und der Dominanz rechter Narrative können progressive Akteure Vertrauen zurückgewinnen, wenn sie zeigen, dass sie Migration wirksam steuern und gestalten können.

1. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine progressive Einwanderungspolitik zurückgewinnen

Kontrolle über die nationalen Grenzen ausüben

Sorgen um Stabilität, Sicherheit und Wirtschaft dominieren besonders in Wahlkämpfen die Debatte, oft zusätzlich befeuert von rechten Politiker_innen. Wähler_innen in den USA und Deutschland erwarten, dass ihre Regierungen Kontrolle über die nationalen Grenzen ausüben. Dazu gehören die Registrierung ausländischer Staatsangehöriger bei der Einreise ebenso wie die Entscheidung, wer einreisen darf. Aktuelle Umfragen aus Deutschland zeigen, dass dies nach Meinung vieler Wähler_innen auch die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen einschließen sollte.⁴⁵

In den USA tendierte die öffentliche Meinung der letzten Jahre zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik.⁴⁶ Mit dem Rückgang illegaler Grenzübertritte und Trumps faktischer Abschaffung des Asylrechts zeigt sich jedoch eine Trendwende, die den vierjährigen Trend zunehmender Besorgnis über Migration in allen großen Wählergruppen umkehrt: Der Anteil der Menschen, die weniger Einwanderung wünschen, ist von 55 Prozent (2024) auf 33 Prozent gesunken, während 79 Prozent Einwanderung als vorteilhaft für das Land ansehen.⁴⁷

In Deutschland hat die seit Mai 2025 amtierende konservativ geführte Koalitionsregierung eine »Migrationswende« angekündigt – eine deutliche Abkehr von der Politik der sozialdemokratisch geführten Vorgängerregierung. Zwar ist es noch zu früh, um konkrete Ergebnisse zu bewerten, und viele Maßnahmen wirken eher wie kurzfristige, teils symbolische Reaktionen auf aktuelle Meinungsumfragen (mehr

Abschiebungen, strengere Grenzkontrollen, Zurückweisungen an der Grenze). Doch der deutliche Rückgang der Asylanträge im ersten Halbjahr 2025⁴⁸ verschafft der Regierung vorerst etwas Luft und könnte den Druck mindern, immer härtere Maßnahmen zu ergreifen, um verlorenes Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Diese Beobachtungen dürfen jedoch weder als Befürwortung der harten und teils rechtswidrigen Maßnahmen verstanden werden, die die Trump-Regierung gegen Neuankommlinge oder seit Langem in ihren Gemeinden integrierte Migrant_innen ergriffen hat, noch als Annahme, dass strengere Kontrollen an den deutschen Grenzen oder die Zurückweisung von Asylbewerber_innen über kurzfristige Abschreckungseffekte hinauswirken. Die zentrale Erkenntnis lautet vielmehr: Die Besorgnis der Öffentlichkeit über Einwanderung nimmt tendenziell ab, wenn Regierungen glaubhaft vermitteln, dass sie die Kontrolle darüber haben, wer einreist – und das Thema dadurch an Bedrohlichkeit verliert.

Natürlich werden Migrationsströme immer auch von globalen Krisen und Entwicklungen geprägt, die nationale Regierungen nur begrenzt beeinflussen können. Probleme an der Grenze lassen sich nicht für alle Zeiten lösen, ebenso wenig lässt sich der Eindruck vollständiger Kontrolle dauerhaft aufrechterhalten. Doch gerade weil rechte Parteien das Thema Grenzpolitik dominieren, ist es für progressive Kräfte sinnvoll, die politische Diskussion stärker auf andere Bereiche der Einwanderungspolitik zu lenken. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Regierungen zunächst das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Fähigkeit zurückgewinnen, Migration wirksam zu steuern, und Instrumente entwickeln, die klar zwischen humanitärem Schutz und anderen Formen der Migration unterscheiden.

Asylpolitik zwischen Schutz und Kontrolle

Seit Jahren werfen rechte Akteure den Regierungen in wohlhabenden Zielländern vor, die Kontrolle über Einreise und Aufenthaltsdauer verloren zu haben, und verweisen

⁴⁵ James, Katharina (2025): »Mehrheit unterstützt laut Umfrage Zurückweisung an Grenzen«, in: *Die Zeit*, 30. Januar 2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/deutschlandrend-mehrheit-unterstuetzung-zurueckweisung-migranten-grenzen>.

⁴⁶ Gallup (2025): »In Depth: Immigration.« <https://news.gallup.com/poll/1660/immigration.aspx>.

⁴⁷ Saad (2025).

⁴⁸ Tagesschau (2025): »Deutlich weniger Asylanträge in Deutschland«, 5. Juli 2025, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asylzahlen-halbjahr-100.html>.

dabei häufig auf das Asylsystem als Schwachstelle. In den USA hat die Trump-Regierung das Asylrecht für alle, die an der Grenze ankommen, praktisch abgeschafft. In Deutschland prüfen Gerichte derzeit, ob die Zurückweisung von Asylsuchenden aus sicheren Drittstaaten an der Grenze zulässig ist, nachdem eine erste Entscheidung diese Praxis für rechtswidrig erklärt hatte. Jüngste Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung strengere Grenzmaßnahmen unterstützt, einschließlich der Zurückweisung von Asylsuchenden.⁴⁹

Solche Forderungen gewinnen insbesondere dann an Bedeutung, wenn Asylsysteme nicht nur Verfolgte, sondern auch Arbeitssuchende aufnehmen. Dient Asyl nicht nur dem Schutz vor Gefahr und Verfolgung, sondern wird zunehmend als Weg in ein besseres Leben wahrgenommen, untergräbt dies das Vertrauen der Öffentlichkeit und die Unterstützung für das Asylsystem sowie eine offenere Migrationspolitik insgesamt.⁵⁰

Deshalb ist es wichtig, das System funktionsfähiger zu machen. Nur so lässt sich die öffentliche Anerkennung dafür stärken, dass es unerlässlich ist, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Zuflucht zu gewähren. Umfragen in Deutschland zeigen: Die Mehrheit hält die Wiederherstellung von Kontrolle für wichtiger als die Ausweitung humanitärer Aufnahmen. Dies deutet weniger auf fehlendes Mitgefühl hin als auf die Überzeugung, dass Mitgefühl von verlässlicher Ordnung abhängt und durch die kompetente Durchsetzung von gesetzlicher Kontrolle »freigesetzt« werden kann.⁵¹

Hilfe und Schutz dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden

Der Schwerpunkt der Politik und der öffentlichen Debatte rund um das Thema Migration konzentriert sich weitgehend auf diejenigen, die es nach Deutschland, Europa oder in die USA schaffen. Tatsächlich erreicht jedoch nur ein kleiner Teil der Vertriebenen diese Länder. Die Mehrheit bleibt in der Nähe ihrer Heimat: Laut UNHCR finden 67 Prozent der Flüchtlinge Zuflucht in einem benachbarten, oft armen Land und 73 Prozent in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.⁵²

Diese Nähe wirkt sich in zweierlei Hinsicht aus: Geflüchtete, die in der Region bleiben, kehren eher in ihre Heimat

zurück und Aufnahmegesellschaften reagieren oft aufgeschlossener, wenn der Konflikt greifbarer ist. So zeigten viele Europäer_innen gegenüber Ukrainer_innen deutlich mehr Offenheit als gegenüber Syrer_innen und verwiesen dabei auf kulturelle Nähe, geografische Distanz sowie ein unmittelbares Verständnis dafür, dass die Ukrainer_innen keine Wahl hatten, als vor der russischen Aggression zu fliehen.⁵³

Weithin wird anerkannt, dass Länder in unmittelbarer Nähe von Konfliktgebieten mehr Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten erhalten sollten. Gleichzeitig ist es entscheidend, Schutzangebote näher an den Herkunftsorten bereitzustellen, damit Menschen die oft gefährliche Reise nach Europa oder in die USA gar nicht erst antreten. Die Safe Mobility Offices (SMOs) der Biden-Regierung in Kolumbien, Costa Rica, Ecuador und Guatemala, die Antragsteller_innen auf Flüchtlingsumsiedlung oder andere legale Wege der Einreise prüfen, könnten hier als Modell dienen. Auch Kooperationen mit Transitländern wie der Türkei oder Mexiko haben gezeigt, dass sie Flüchtlingsströme verlangsamen können. Problematisch wird es jedoch, wenn finanzielle Anreize für Transitländer auf Kosten der humanitären Hilfe für Konfliktgebiete und benachbarte Aufnahmeländer gehen, wie 2025 durch den starken Rückgang des UN-Hilfsbudgets sichtbar wurde.⁵⁴ In solchen Fällen besteht die Gefahr, dass diese Vereinbarungen wenig nachhaltig und nur von kurzer Dauer sind.

2. Flexible Migrationssysteme entwickeln, die dem nationalen Interesse dienen

Nationales Interesse breit denken

Wie die Erfahrungen der Biden-Regierung zeigen, kann eine Umkehr der Trump-Einwanderungspolitik zu einem Politikwechsel führen, der wiederum über das hinausgeht, was die Öffentlichkeit an humanerer Einwanderungspolitik verlangt. Um sich glaubwürdig gegen den grausamen und unmenschlichen Ansatz der aktuellen Regierung zu stellen, müssen politische Entscheidungsträger_innen anerkennen, dass bestimmte Einwanderungsbeschränkungen inzwischen Teil des öffentlichen Konsenses sind. Eine gezielte Kontrolle darüber, wer ins Land einreist, kann dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Kompetenz der Regierung wieder-

49 James, Katharina (2025): »Mehrheit unterstützt laut Umfrage Zurückweisung an Grenzen«, in: *Die Zeit*, 30. Januar 2025, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-01/deutschlandrend-mehrheit-unterstuetzung-zurueckweisung-migranten-grenzen>.

50 The Economist (2025): »The global asylum system is falling apart«, in: *The Economist*, 10. Juli 2025, <https://www.economist.com/briefing/2025/07/10/the-global-asylum-system-is-falling-apart>.

51 Mason-Sucher, Ben et al (2025): »Europe Talks Migration: a cross-country study on changing public attitudes«, Mehr dazu in *Common*, August 2025, <https://www.moreincommon.com/europe-talks-migration/>.

52 UNHCR (o. D.): »Refugee Data Finder«, <https://www.unhcr.org/refugee-statistics>.

53 The Economist (2025): »The global asylum system is falling apart«, 10. Juli 2025, <https://www.economist.com/briefing/2025/07/10/the-global-asylum-system-is-falling-apart>; Hellmann, Jens / Kuepper, Beate (2024): »Mitte-Studie: Ambivalente Willkommenskulturen in Deutschland«, Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., 14. März 2024, <https://www.fes.de/angekommen/artikelseite-angekommen/ambivalente-willkommenskulturen-in-deutschland>.

54 United Nations (2025): »UN's humanitarian work is »underfunded, overstretched, and under attack«, 15. September 2025, <https://news.un.org/en/story/2025/09/1165855>.

herzustellen. Wird diese Lektion beherzigt, können die Fehler der Trump-Politik langfristig als warnendes Beispiel für künftige Gesetzgeber dienen.

Die öffentliche Reaktion auf die Einwanderungspolitik der Regierungen Trump und Biden zeigt trotz der deutlichen Unterschiede zwischen beiden Ansätzen eine gemeinsame Tendenz: Die Bevölkerung unterstützt Migration am stärksten, wenn sie glaubt, dass ihre Regierungen Migrant_innen auswählen und im Land halten, die nationalen Interessen dienen, insbesondere wirtschaftlichen.⁵⁵ Dasselbe gilt für Deutschland: Während Befürworter_innen oft die kulturellen Vorteile von Vielfalt hervorheben, lässt sich ein großer Teil der Öffentlichkeit eher von wirtschaftlichen Vorteilen überzeugen.⁵⁶

Progressive Akteure sollten prüfen, wie sich diese Einsicht in ihrer politischen Entscheidungsfindung berücksichtigen lässt, gerade in einer Zeit, in der Meinungsmacher_innen eine enge und oft fremdenfeindliche Auslegung des »nationalen Interesses« propagieren.⁵⁷ Umfragen zeigen, dass US-Amerikaner_innen keine strikten Kriterien für die Auswahl von Migrant_innen nach Integrations- oder wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verlangen.⁵⁸ Politische Rahmenbedingungen müssen daher relativ niedrige Erwartungen erfüllen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Als Gegenreaktion auf die Trump-Regierung lässt sich zudem argumentieren, dass nicht unmenschliche Behandlung, sondern die Anwerbung und Bindung von Migrant_innen, welche die Wirtschaft stärken, dem nationalen Interesse dient.⁵⁹

Flexible Einwanderungssysteme dienen dem nationalen Interesse

Progressive Akteure sollten die Debatte über die Auswahl von Migrant_innen im nationalen Interesse aktiv mitgestalten, um die Einwanderungspolitik insgesamt voranzubringen. Auch wenn diese Diskussion den Eindruck erwecken mag, sie begünstige eine Einschränkung von Migration anhand enger Qualifikationskriterien, können Regierungen unter der Prämisse des nationalen Interesses die Auswahl flexibel an politische und wirtschaftliche Ziele anpassen.⁶⁰ Kurz gesagt: Wenn Flexibilität statt Rigidität zum Leitprinzip der Einwanderungssysteme in den USA und Deutschland würde, könnten progressive Akteure

überzeugend für ein dynamisches und vielfältiges Einwanderungssystem eintreten.

Zwei Maßnahmen können helfen, mehr Flexibilität in die Einwanderungssysteme zu bringen. Erstens sollte die Exekutive in die Lage versetzt werden, kurzfristig Programme aufzusetzen, um akute Herausforderungen wie Arbeitskräftemangel zu bewältigen. Denkbare Ansätze wären zum Beispiel:

1. Arbeitgeber_innen sollte ermöglicht werden, Personen für Tätigkeiten in Branchen zu sponsern, die auf aktualisierten Listen des Arbeitsministeriums als von Arbeitskräftemangel betroffen ausgewiesen sind.
2. Arbeitgeber_innen sollten Menschen sponsern können, die bei längerfristigen Hilfseinsätzen nach Naturkatastrophen unterstützen, vor allem wenn Bundesstaaten oder Kommunen nicht über genügend eigenes Personal verfügen.
3. Hochschulen, Universitäten, gemeinnützige Organisationen und religiöse Einrichtungen sollten Menschen für Tätigkeiten in Bereichen mit nachweislich hohem Personalbedarf sponsern dürfen, um regionale Versorgungslücken zu schließen, auch wenn die Arbeit außerhalb der jeweiligen Einrichtung stattfindet.

Befürworter_innen der Maßnahmen sollten sich dafür einsetzen, diese Befugnisse im Einwanderungsrecht zu verankern und auszubauen, damit die Programme rechtsicher sind. Progressive Akteure sollten dabei weniger humanitäre Erwägungen in den Vordergrund stellen, sondern deutlich machen, dass ein flexibles System nötig ist, um schnell auf wirtschaftliche Bedürfnisse zu reagieren und bestehende arbeitsmarktbezogene Programme zu ergänzen.⁶¹

Während solche legalen Wege eine Antwort auf kurzfristige wirtschaftliche und humanitäre Herausforderungen sein können, dienen flexible Aufenthaltstitel ohne externen Sponsor dazu, sich längerfristigen wirtschaftlichen und politischen Prioritäten anzupassen. Eine solche eigenständige Antragstellung ermöglicht es Nichtstaatsangehörigen, ihren Aufenthalt zu beantragen, ohne auf die Unterstützung oder das Sponsoring eines Arbeitgebers oder Familienmitglieds angewiesen zu sein. Die Behörden prüfen den An-

⁵⁵ Kustov, Alexander (2025): »The Formula for Making Immigration Popular with American Voters«, Reason, 1. Oktober 2025, <https://reason.com/2025/10/01/the-formula-for-making-immigration-popular-with-american-voters/>.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Frum, David (2019): »How Much Immigration Is Too Much?«, in: *The Atlantic*, April 2019, <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2019/04/david-frum-how-much-immigration-is-too-much/583252/>.

⁵⁸ Bipartisan Policy Center (2018): »Survey Results: The New Middle on Immigration«, 17. Juli 2018, <https://bipartisanpolicy.org/report/survey-results-the-new-middle-on-immigration/>.

⁵⁹ Oliphant, J. Baxter / Kiley, Jocelyn / Van Green, Ted / Gracia, Shanay / Copeland, Joseph (2025): »Americans Have Mixed to Negative Views of Trump Administration Immigration Actions«, Pew Research Center, 17. Juni 2025, <https://www.pewresearch.org/politics/2025/06/17/americans-have-mixed-to-negative-views-of-trump-administration-immigration-actions/>.

⁶⁰ Kustov, Alexander (2025): »How to Win on Immigration: Targeted Policies That Benefit the Economy Can Counter Rising Populism«, in: *Foreign Affairs*, 12. August 2025, <https://www.foreignaffairs.com/united-states/how-win-immigration>.

⁶¹ Denamiel, Thibault / Reinsch, William Alan / Schenker, Jason / Al-Saleh, Dhari (2024): »Immigration Policy Solutions to Shortages in Critical Sectors of the U.S. Economy«, Center for Strategic and International Studies, 25. November 2024, <https://www.csis.org/analysis/immigration-policy-solutions-shortages-critical-sectors-us-economy>.

trag und laden qualifizierte Bewerber_innen ein, eine dauerhafte oder befristete Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen.⁶²

Beispiele aus Australien und Kanada zeigen, dass solche Aufenthaltstitel ohne externen Sponsor mehrere Vorteile haben. Sie geben den Regierungen die Möglichkeit, Nichtstaatsangehörige flexibel nach aktuellen Bedürfnissen auszuwählen und das Verfahren bei Bedarf anzupassen oder weiterzuentwickeln. Zudem können Kriterien so gestaltet werden, dass Bewerber_innen mit Stellenangeboten oder familiären Bindungen bevorzugt werden, ohne andere qualifizierte Kandidat_innen von vornherein auszuschließen. Nicht zuletzt lässt sich der Öffentlichkeit nachvollziehbar erklären, warum und nach welchen Maßstäben Menschen ausgewählt werden.⁶³

Eine progressive Variante eines Aufenthaltstitels ohne externen Sponsor sollte sicherstellen, dass Regierungen Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Hintergründen auswählen können, und nicht nur diejenigen, die ohnehin über ausreichende Mittel oder sehr hohe Bildungsabschlüsse verfügen. Diese Option könnte Folgendes umfassen:

- ein Auswahlprogramm, das Bewerber_innen mit niedrigen, mittleren und hohen Qualifikationen berücksichtigt und den Behörden ermöglicht, die Kriterien flexibel an den aktuellen Arbeitskräftebedarf anzupassen;
- dauerhafte oder befristete Module, die Parlament und/oder Regierung einrichten können, um Personen auszuwählen, die zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs beitragen;
- Module, die es Nichtstaatsangehörigen mit befristeten Visa – etwa internationalen Studierenden – ermöglichen, einen dauerhaften Aufenthalt zu beantragen, wenn sie zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs beitragen können;
- Programme, die Antragsteller_innen ohne regulären Status einen legalen Aufenthalt eröffnen, sofern dies wirtschaftlich notwendig oder sinnvoll ist.

Die deutsche Bundesregierung hat bereits damit begonnen, erste Elemente solcher flexiblen Module in ihr Einwanderungsrecht zu integrieren. Mit der neuen »Chancenkarte« erhalten qualifizierte Nicht-EU-Bürger_innen die Möglich-

keit, für bis zu ein Jahr nach Deutschland zu kommen, um eine geeignete Beschäftigung zu suchen. Bewerber_innen können sich entweder über einen anerkannten akademischen oder beruflichen Abschluss qualifizieren oder über ein Punktesystem, in dem Ausbildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse bewertet werden. Während der Arbeitssuche dürfen Inhaber_innen der Chancenkarte bis zu 20 Stunden pro Woche in Teilzeit arbeiten oder kurze Probepraktika von maximal zwei Wochen absolvieren.⁶⁴

Das Programm bietet deutschen Entscheidungsträger_innen die Gelegenheit, durch kleine, gut steuerbare Anpassungen zu testen, wie sich mehr Flexibilität in das Einwanderungssystem integrieren lässt, die im Einklang mit nationalen Prioritäten steht und gleichzeitig die bestehenden Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Auswahl- und Prüfverfahren an der Grenze reformieren

Die Entwicklung eines progressiven Umgangs mit Einwanderung, der das nationale Interesse stärkt, muss sich auch mit dem Wettlauf um die Einschränkung des Asylrechts an den Grenzen befassen. Deutsche und US-amerikanische Gesetzgeber haben ihre Anstrengungen verstärkt, potenziell aussichtsreiche Fälle unter den an der Grenze ankommenden Personen von weniger aussichtsreichen zu trennen, indem sie die Asylstandards verschärfen – in der Erwartung, dadurch künftige Krisensituationen an der Grenze zu verhindern.⁶⁵ Die historisch niedrige Zahl an Menschen, die an der US-mexikanischen Grenze ankommen, hat Präsident Trump hohe Zustimmungswerte beim Thema Grenz-sicherung eingebracht,⁶⁶ trotz öffentlicher Kritik an anderen Teilen seiner Einwanderungsagenda. Dies deutet darauf hin, dass die US-amerikanische Öffentlichkeit strengere Maßnahmen zur Auswahl von Asylsuchenden unterstützt.

Progressive Akteure können sich konstruktiv in die Debatte über Auswahlmechanismen einbringen, ohne völkerrechtliche Verpflichtungen zu verletzen. Ein Ansatz wäre ein mehrstufiges Verfahren zur Registrierung, Vorauswahl und Bearbeitung verschiedener Kategorien von Einreisenden an der Grenze.⁶⁷ Das Verfahren könnte über Smartphone-Anwendungen sowie regionale Bearbeitungszentren organisiert werden und bei der US-Einwanderungsbehörde (USCIS) bzw. dem deutschen Bundesamt für Migration und

⁶² Collins, Laura / Ramón, Cristobal (2023): »Creating Avenues for Legal Migration Through Self-Petitioning«, The George W. Bush Institute, Dezember 2023, <https://www.bush-center.org/publications/creating-avenues-for-legal-migration-through-self-petitioning>.

⁶³ Ramón, Cristobal / Downs, Angelina (2020): »Immigration Systems in Transition: Lessons for U.S. Immigration Reform from Australia and Canada«, The Bipartisan Policy Center, September 2020, <https://bipartisanpolicy.org/report/immigration-in-transition/>.

⁶⁴ Chancenkarte Deutschland (2023): »Mit der Chancenkarte zu einer qualifizierten Beschäftigung in Deutschland«, 16. Oktober 2023, <https://chancenkarte.com/en/news/finding-qualified-employment-in-germany/>.

⁶⁵ NewsNation (2025): »Rep. Suozzi: Es ist Zeit, Amerikas Einwanderungsprobleme zu lösen«, in: NewsNation, 19. Juni 2025, <https://www.newsnationnow.com/cuomo-show/suozzi-america-immigration-issues/>.

⁶⁶ Blanton, Dana (2025): »Trump's ratings are strong on border security, weak on the economy«, in: Fox News, 11. September 2025, <https://www.foxnews.com/politics/fox-news-poll-trumps-ratings-strong-border-security-weak-economy>.

⁶⁷ The American Immigration Council (2025): »CBP One: An Overview«, The American Immigration Council, 24. März 2025, <https://www.americanimmigrationcouncil.org/factsheet/cbp-one-overview/>.

Flüchtlinge (BAMF) angesiedelt werden. Es könnte folgende Elemente umfassen:

- priorisierte Bearbeitung von Anträgen, die über eine Smartphone-App oder in regionalen Bearbeitungszentren an zentralen Migrationsknotenpunkten gestellt werden; Umfang und Kriterien der Priorisierung kann je nach Lage an der Grenze angepasst werden;
- vorläufige Bescheide innerhalb von zwei Wochen, die den weiteren Verfahrensablauf erläutern und Asylsuchenden eine erste unverbindliche Einschätzung ihres Falls geben;
- Weiterleitung von Antragsteller_innen mit positiver Vorprüfung an ausgewählte Einreisehäfen zur abschließenden Prüfung und Sicherheitsüberprüfung, abhängig von den Kapazitäten dieser Standorte für bestimmte Kategorien von Antragsteller_innen; die dabei gewonnenen Informationen können zur Koordinierung der Aufnahme mit Bundesstaaten und Kommunen genutzt werden;
- Rechtsmittel gegen negative vorläufige Bescheide, unter folgenden Bedingungen:
 - Das Verfahren muss unmittelbar nach Zustellung des Bescheids eingeleitet werden, kann aber nach der Einreise fortgesetzt und rechtlich begleitet werden.
 - Wer den Prozess nicht abschließen kann, hat 60–90 Tage Zeit, um Beschwerde einzulegen.
 - Die zuständigen Behörden entscheiden fallabhängig, ob und wie eine weitergehende Berufung möglich ist.

Schließlich braucht ein solches System auch klarere Verfahren für irreguläre Einreisen, um Anreize für geordnete Migration zu stärken. In den Vereinigten Staaten könnte dies etwa ein beschleunigtes Entscheidungsverfahren von 90 bis 120 Tagen umfassen, in dem Asylsuchende mit einer zugewiesenen Rechtsvertretung zusammenarbeiten können. Nicht-Asylsuchende könnten freiwillig in das nächstgelegene regionale Bearbeitungszentrum zurückkehren, um dort einen regulären Antrag auf Einreise zu stellen.

Progressive Akteure müssen diese Ansätze nicht vollständig übernehmen. Sie sollten jedoch die berechtigte Sorge ernst nehmen, dass langwierige Asylverfahren als Pull-Faktor wirken und längerfristig zu weitreichenderen Beschränkungen des Asylzugangs an der Grenze führen könnten.

Vertrauen in die Migrationspolitik auf föderaler Ebene stärken

Eine der größten Herausforderungen für progressive Parteien – und für Mitte-links-Parteien insgesamt – besteht darin, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Einwanderungspolitik zurückzugewinnen. Die hier vorgestellten Vorschläge können dabei helfen, geeignete Rahmenbedingungen aufzubauen. Ohne Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene lassen sich solche Maßnahmen jedoch nicht umsetzen. Das kann es Mitte-links-Parteien erschweren, unmittelbar Einfluss zu nehmen oder ausreichend Gehör in der nationalen Debatte zu finden.

Ein Weg, dennoch Fortschritte zu erzielen, liegt in der Arbeit auf föderaler Ebene: in den deutschen Bundesländern und den US-Bundesstaaten. Zwar beschränken Einwanderungsgesetze auf Bundesebene die föderalen Spielräume bei der Auswahl und Aufenthaltsgewährung von Nichtstaatsangehörigen. Im Unterschied zu nicht-föderalen Systemen verfügen Bundesländer und Bundesstaaten über Mitbestimmungsrechte bei der Integration sowie dem Zugang zum Arbeitsmarkt und bestimmten öffentlichen Leistungen. Das ermöglicht es progressiven Entscheidungsträger_innen, migrationspolitischen Ansätze umzusetzen und ihren Beitrag zum Gemeinwohl konkret sichtbar zu machen.

In den Vereinigten Staaten können progressive Akteure Gesetze vorantreiben, die den Einsatz qualifizierter Migrant_innen auf lokaler Ebene gezielt fördern. Dazu zählen Reformen der Zulassungsregeln, die Nichtstaatsangehörigen den Zugang zu Branchen mit Arbeitskräftemangel ermöglichen.⁶⁸ Einige Bundesstaaten – etwa Colorado, New Mexico und Illinois – erlauben es bereits, berufliche Lizenzen mit einer nationalen Steueridentifikationsnummer oder einer Sozialversicherungsnummer zu beantragen.⁶⁹ Da viele Nichtstaatsangehörige ihre Steueridentifikationsnummer für die Steuererklärung nutzen,⁷⁰ erweitert das den Kreis an Personen, die bestimmte Berufe ausüben dürfen, über Arbeitnehmer_innen mit Sozialversicherungsnummer hinaus.

Auch in Deutschland spielt die föderale Ebene eine entscheidende Rolle. Die Bundesländer und ihre Behörden sind für praktische Fragen wie Aufenthaltsgenehmigungen, die Anerkennung von Berufsabschlüssen und berufliche Zulassungen zuständig. Länder wie Baden-Württemberg⁷¹ und Niedersachsen⁷² haben Strukturen geschaffen, die Migrant_innen bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen unterstützen. Andere Länder testen aktuell Programme, die

68 National Conference of State Legislatures (2023): »Barriers to Work: Improving Access to Licensed Occupations for Immigrants With Work Authorization«, National Conference of State Legislatures, 7. August 2023, <https://www.ncsl.org/labor-and-employment/barriers-to-work-improving-access-to-licensed-occupations-for-immigrants-with-work-authorization>.

69 World Education Services (2024): »How States Are Opening Their Own Pathways to Occupational Licensure«, WES Global, 3. September 2024, <https://www.wes.org/resource-library/blog/global-mobility/how-states-are-opening-their-own-pathways-to-occupational-licensure/>.

70 The American Immigration Council. »The Facts about the Individual Taxpayer Identification Number (ITIN)«, 25. Juni 2025, <https://www.americanimmigrationcouncil.org/factsheet/facts-about-individual-tax-identification-number-itin/>.

71 Netzwerk Integration durch Qualifizierung (2025): »Anerkennungsberatung Baden-Württemberg«, <https://www.netzwerk-iq-bw.de/de/anerknennungsberatung/> (abgerufen am 9. Oktober 2025).

72 Netzwerk Integration durch Qualifizierung (2025a): »Das Förderprogramm IQ in Niedersachsen«, <https://www.migrationsportal.de/ueber-uns/ueber-uns.html> (abgerufen am 9. Oktober 2025).

neu ankommende Fachkräfte gezielter in Bereiche mit Arbeitskräftebedarf lenken.⁷³ Durch bessere Koordinierung und eine enge Abstimmung bewährter Verfahren können progressive Landesregierungen dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu lindern, und zugleich zeigen, dass eine aktive Einwanderungspolitik messbare wirtschaftliche Vorteile bringt.

2. Kommunikation entscheidet: Warum Progressive das Feld nicht der Rechten überlassen dürfen

Kommunikation spielt eine zentrale Rolle dabei, wie die Öffentlichkeit Migration wahrnimmt – und diese Wahrnehmung beeinflusst wiederum maßgeblich die Politik der Regierung. Republikaner in den USA und rechte Parteien wie die AfD in Deutschland haben dies längst erkannt und verbreiten gezielt ihre Erzählung von einer »unkontrollierten Einwanderungswelle«.⁷⁴

Der Erfolg liegt auf der Hand: Die Botschaft ist einfach, bedient intuitive Ängste und macht Migration in Krisenzeiten zum Sündenbock für wirtschaftliche Sorgen, soziale Konflikte oder sicherheitspolitische Probleme. Progressive Parteien stehen vor der Herausforderung, diesem Narrativ eine positive, aktive Erzählung entgegenzusetzen. Ziel ist es, die Debatte wegzuführen von Resignation – dem Gefühl, staatliche Institutionen hätten erneut versagt – und der weit verbreiteten Annahme, Zuwanderung ließe sich nur durch Abgrenzung oder Abschiebung steuern. Im Folgenden werden drei Empfehlungen vorgestellt:

Nativistischen Narrativen mit Fakten und Beharrlichkeit begegnen

Umfragen in den USA und Deutschland deuten darauf hin, dass viele Menschen nicht grundsätzlich gegen Einwanderung sind, sondern sich vor allem über deren Folgen Sorgen machen. In Deutschland befürchten 78 Prozent eine höhere Belastung für den Sozialstaat, während 74 Prozent sich umzunehmende Wohnungsnot sorgen.⁷⁵ Ähnliche Bedenken bestehen auch in den USA.

Populistische Parteien greifen diese Sorgen gezielt auf. In den USA behauptet etwa Vizepräsident J. D. Vance, Migrant_innen trieben die Immobilienpreise in die Höhe,⁷⁶ während die deutsche AfD Einwanderung als »Belastung für die Staatsfinanzen« bezeichnet und vor Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt sowie einer Gefahr für das Sozialsystem warnt.⁷⁷ Frühere Behauptungen, Einwanderung würde die Löhne drücken, haben angesichts von Rekordbeschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern an Schlagkraft verloren.⁷⁸ Da die langfristige Migration in wohlhabende Länder innerhalb eines Jahrzehnts jedoch um 28 Prozent gestiegen ist,⁷⁹ rücken stattdessen soziale Leistungen und Wohnraum in den Fokus der Debatte.

Diese Behauptungen finden Anklang, weil sie auf einer einfachen Wahrheit beruhen: Mehr Menschen bedeuten mehr Bedarf an Wohnraum. Einwanderung ist jedoch nicht der Haupttreiber steigender Preise. Viel wichtiger sind strukturelle Faktoren wie ein angespanntes Wohnungsangebot, restriktive Bau- und Planungsregeln sowie Verschiebungen in der lokalen Nachfrage – etwa der verstärkte Kauf von Eigenheimen durch US-Millennials nach der Corona-Pandemie. Zudem leben Migrant_innen im Durchschnitt auf deutlich engerem Raum als die lokale Bevölkerung, wodurch ihr Wohnraumbedarf pro Kopf geringer ausfällt. Ironischerweise würde die von rechten Parteien bevorzugte »Lösung« – eine höhere Geburtenrate – den Wohnungsmarkt noch stärker belasten als Einwanderung.⁸⁰

Bei den Sozialleistungen sind sich die meisten Ökonom_innen einig: Migrant_innen zahlen insgesamt mehr Steuern und Abgaben, als sie an Leistungen aus dem System erhalten. Zwar unterscheiden sich die fiskalischen Effekte je nach Bildungsniveau, doch in Deutschland wie in den USA sind Migrant_innen unverzichtbar, um der Überalterung der Gesellschaft entgegenzuwirken, den Arbeitskräftemangel zu reduzieren und zentrale Sektoren wie Landwirtschaft, Bau, Altenpflege oder Lieferdienste aufrechtzuerhalten.⁸¹ Die Auswirkungen eines Verzichts auf Arbeitsmigration zeigen sich in den USA bereits: Verschärfte Abschiebungen der Trump-Regierung haben viele Branchen, die stark auf migrantische Arbeitskräfte angewiesen sind, spürbar getroffen.

Während Kriminalitätsstatistiken in den USA zeigen, dass Migrant_innen seltener Straftaten begehen als in den USA

73 Siehe u. a. AWO AQtivus Labour Market Service, <https://welcome.hamburg.com/labour-market-service-18142>.

74 The White House (2025): »Protecting the American People against Invasion«, Presidential Actions, 20. Januar 2025, <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/protecting-the-american-people-against-invasion/>; AfD-Bundestagsfraktion (2024): »Rene Springer: Unkontrollierte Massenzuwanderung zerstört unseren Sozialstaat«, Pressemitteilung, 28. Januar 2024, <https://afdbundestag.de/rene-springer-unkontrollierte-massenzuwanderung-zerstoert-unseren-sozialstaat/>.

75 Wieland, Ulrike (2024): »Migrationsskepsis steigt, Offenheit für zugewanderte Menschen bleibt dennoch stabil«, Bertelsmann Stiftung, 5. März 2024, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/maerz/migrationsskepsis-steigt-offenheit-fuer-zugewanderte-menschen-bleibt-dennoch-stabil>.

76 Wile (2024).

77 AfD-Bundesverband (2025): »Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag«, 11.–12. Januar 2025, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf.

78 OECD (2024): »Migration in OECD-Länder erreicht neuen Rekordwert«, Pressemitteilung, 14. November 2024, <https://www.oecd.org/en/about/news/press-releases/2024/11/migration-to-oecd-countries-hits-new-record.html>.

79 Ebd.

80 The Economist (2025): »Your guide to the new anti-immigration argument«, in: *The Economist*, 13. März 2025, <https://www.economist.com/finance-and-economics/2025/03/13/your-guide-to-the-new-anti-immigration-argument>.

81 Ebd.

geborene Personen,⁸² stellt sich die Lage in Deutschland anders dar. Dort sind nichtdeutsche Tatverdächtige in der Polizeistatistik überrepräsentiert. Prägende Einzelfälle tödlicher Angriffe durch (teilweise irreguläre) Migrant_innen – etwa in Solingen, Aschaffenburg und Magdeburg – verstärken das Unsicherheitsgefühl. 2024 gaben 40 Prozent der Deutschen an, sich in öffentlichen Räumen wie Parks oder öffentlichen Verkehrsmitteln unsicher zu fühlen; unter AfD-Anhänger_innen waren es sogar 78 Prozent.⁸³

Kriminolog_innen betonen jedoch: Höhere Kriminalitätsraten in bestimmten Migrantengruppen hängen vor allem mit sozialen und strukturellen Faktoren zusammen. Armut, geringe Bildungschancen, Gewalterfahrungen und Traumata sind Bedingungen, die insbesondere Geflüchtete betreffen. Zudem werden Migrant_innen häufiger angezeigt, was die Statistik zusätzlich verzerrt.⁸⁴

Das heißt nicht, dass progressive Akteure die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung kleinreden sollten. Es unterstreicht jedoch die Bedeutung eines vollständigen und differenzierten Bildes sowie die Notwendigkeit, die politische Debatte stärker auf Integration, Prävention und wirksame Unterstützungssysteme auszurichten, statt allein Kriminalitätszahlen als Erklärung heranzuziehen.

Nuancierte Gegenargumente sind weniger eingängig als nativistische Schlagworte und greifen oft zu kurz, wenn unterschiedliche Erfahrungen einzelner Bevölkerungsgruppen und Einkommenschichten nicht berücksichtigt werden. Umso wichtiger ist es, sie dennoch konsequent zu vermitteln. Regierungen müssen berechtigte Sorgen über Wohnraum und öffentliche Finanzen ernst nehmen, gleichzeitig aber immer wieder deutlich machen, dass die extreme Rechte die Rolle der Einwanderung bei diesen Problemen überzeichnet. Progressive Akteure können die Debatte nur verändern, wenn sie diese Wahrheiten beharrlich wiederholen.

Die »Für oder Gegen«-Falle überwinden

Öffentliche Debatten über Einwanderung neigen dazu, in moralische Kategorien zu verfallen und Migration als Frage von richtig oder falsch darzustellen. Dies mobilisiert zwar bestimmte Gruppen, lässt jedoch wenig Raum für evidenzbasierte Diskussionen und praktikable Lösungen. Effektiver ist ein Ansatz, der die Alltagsrealitäten im Umgang mit Einwanderung in den Mittelpunkt stellt – also jene Dimen-

sionen, die für die Mehrheit der Bevölkerung am relevantesten sind.⁸⁵

Das bedeutet, konkrete wirtschaftliche Beiträge hervorzuheben – etwa die Arbeit von Eingewanderten in der US-Landwirtschaft, im Baugewerbe oder im deutschen Pflegesektor – und gleichzeitig die Herausforderungen anzuerkennen, die Gemeinden durch hohe Zuwanderung oder in Grenzregionen erleben. Eine glaubwürdige Migrationspolitik berücksichtigt beide Seiten und präsentiert konkrete Maßnahmen, anstatt abstrakte moralische Argumente zu wiederholen.

Ein wirkungsvolles Instrument zur Vermittlung dieser Botschaften sind breite, sektorübergreifende Koalitionen. In den USA gründeten Vertreter_innen aus Religion und Wirtschaft, Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsexpert_innen Anfang der 2010er-Jahre das Netzwerk »Bibles, Badges and Business for Immigration Reform«, um den Kongress zu wirkungsvollen Reformen im Einwanderungssektor zu bewegen.⁸⁶ Solche Allianzen zeigen, dass Unterstützung für eine pragmatische Migrationspolitik nicht auf einzelne Parteien oder ideologische Lager beschränkt ist, und können dadurch den Einfluss kleiner, aber lautstarker Hardliner-Gruppen reduzieren.

Progressive Akteure haben sich lange als moralische, mitfühlende Alternative zu restriktiven Ansätzen der politischen Rechten präsentiert. Viele Wähler_innen – einschließlich solcher mit eigener Migrationserfahrung – hatten jedoch den Eindruck, dass ihre Sorgen über zunehmende Einwanderung eher relativiert als ernsthaft adressiert wurden.⁸⁷ Dadurch entstand ein Vakuum, das rechte Parteien mit zunehmend radikaler Rhetorik gefüllt haben. Indem sie die Grenzen dessen verschoben, was in der öffentlichen Debatte über Einwanderung als akzeptabel gilt, haben sie veränderte Bedingungen geschaffen und eine erhebliche Deutungshoheit über das Thema gewonnen.

Versuche progressiver Parteien, diese Art von Rhetorik zu übernehmen oder abzuschwächen, sind nicht zielführend: Sie normalisieren extreme Positionen, erhöhen deren Legitimität und verstärken bestehende Polarisierung.⁸⁸ Effektiver ist es, Politikfelder hervorzuheben, in denen progressive Akteure über hohe Glaubwürdigkeit verfügen – etwa Bezahlbarkeit, Löhne, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung – und diese Themen systematisch mit Migrationspolitik zu verknüpfen.

82 Ruiz Soto (2024).

83 Infratest Dimap (2024): »ARD-DeutschlandTREND Juli 2024«, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/juli/>.

84 Arp, S. et al. (2025): »Zehn Jahre, zehn Herausforderungen – und ein Lichtblick«, in: *Der Spiegel*, 9. August 2025, <https://www.spiegel.de/panorama/10-jahre-wir-schaffen-das-zehn-jahre-zehn-probleme-und-ein-lichtblick-a-2a5d330c-6777-4696-a0b3-0e016523205e>.

85 Mason-Sucher (2025).

86 National Immigration Forum (2024): »Bibles, Badges and Business for Immigration Reform«, 25. März 2024, <https://immigrationforum.org/article/bibles-badges-and-business-principles/>.

87 Lerer, Lisa et al. (2025): »Can Democrats Find Their Way on Immigration?«, in: *The New York Times*, 6. Juli 2025, <https://www.nytimes.com/2025/07/06/us/politics/democrats-immigration-trump.html>.

88 Schwörer, Jakob (Hrsg.): »New Danish Paradigms on Asylum and Integration«, Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Januar 2025, <https://library.fes.de/pdf-files/international/21766.pdf>.

Dazu muss die Diskussion jedoch über binäre Kategorien wie »pro« oder »contra« Einwanderung hinausgehen. Progressive Akteure sollten rassistische Ressentiments klar benennen, aber auch die pauschale Gleichsetzung jeder Forderung nach Beschränkung und Steuerung mit Rassismus zurückweisen. Es ist möglich – und in der Bevölkerung weit verbreitet –, Migration grundsätzlich positiv zu bewerten und dennoch für eine effektivere Regulierung einzutreten.⁸⁹

Von der Verteidigung von Institutionen zur Gestaltung von Politik

Progressive Akteure geraten häufig in die Rolle, bestehende Institutionen und Rechtsnormen verteidigen zu müssen, statt die Richtung der Debatte selbst zu bestimmen. Diese Dynamik geht weit über die Einwanderungspolitik hinaus, zeigt sich dort jedoch besonders deutlich. In den USA ist diese defensive Grundhaltung durchaus nachvollziehbar: Die Trump-Regierung untergräbt in ihrem Streben nach mehr Macht für die Exekutive wiederholt grundlegende Rechts- und Verfahrensstandards, etwa indem sie Migrant_innen ohne ordentliches Verfahren in Drittländer abschiebt, gerichtliche Anordnungen zur Aussetzung von Abschiebungen ignoriert oder Bundesrichter_innen mit Amtsenthebung droht.

Diese defensive Haltung hat jedoch ihren Preis: Indem die Demokraten einen Großteil ihres politischen Kapitals in den Schutz des bestehenden Systems investieren, einschließlich seiner Schwächen in der Grenzpolitik, bleibt nur wenig Raum, zentrale Teile ihrer eigenen Agenda proaktiv voranzutreiben, etwa den Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte oder die Modernisierung administrativer Prozesse.

In Deutschland ist die Lage eine andere, da die rechtsextreme AfD nicht Teil der Bundesregierung ist. Das Muster bleibt jedoch ähnlich: Progressive Akteure verteidigen beispielsweise das bestehende Asylsystem häufig primär aus rechtlichen Gründen. Das ist grundsätzlich richtig, wirkt aber gegenüber Kritiker_innen an offensichtlichen Schwachstellen und Missbrauchsmöglichkeiten oft wenig überzeugend. Besonders angreifbar ist diese Linie, wenn sie sich auf die nur eingeschränkt funktionierende Dublin-Verordnung der EU stützt. Die mangelnde Kooperationsbereitschaft mehrerer EU-Mitgliedstaaten führt zu einer ungleichen Lastenverteilung, von der große Länder wie Deutschland unverhältnismäßig stark betroffen sind. Die AfD nutzt diese Defizite gezielt, um das Asylsystem als »gescheitert« und »illegitim« darzustellen und das Vertrauen in die bestehende Rechtsordnung weiter auszuhöhlen.

Die Verteidigung demokratischer Normen und der Rechtsstaatlichkeit bleibt unverzichtbar – gerade angesichts der massiven Rechtsbrüche, die derzeit in den USA zu beobachten sind. Darauf allein darf progressive Politik jedoch nicht reduziert werden. Andernfalls entsteht der Eindruck, sie verteidige vor allem einen unpopulären Status quo, ohne den bestehenden Problemen eigene Lösungen entgegenzusetzen.⁹⁰ Um politisch handlungsfähig zu bleiben, müssen progressive Akteure die Agenda selbst setzen und zeigen, dass Einwanderung fair, verlässlich und effektiv gesteuert werden kann – ohne der extremen Rechten weiterhin die Deutungshoheit über die Debatte zu überlassen.

⁸⁹ Mason-Sucher (2025).

⁹⁰ Wike, Richard et al. (2024): »Global Elections in 2024: What We Learned in a Year of Political Disruption«, Pew Research Center, 11. Dezember 2024, <https://www.pewresearch.org/global/2024/12/11/global-elections-in-2024-what-we-learned-in-a-year-of-political-disruption/>; Ipsos (2025): »Deutsche beurteilen die Lage der Nation so pessimistisch wie nie zuvor«, 20. Januar 2025, <https://www.ipsos.com/de-de/deutsche-beurteilen-die-lage-der-nation-so-pessimistisch-wie-nie-zuvor>; Gallup (2025): »In Depth: Satisfaction With the United States«, <https://news.gallup.com/poll/1669/general-mood-country.aspx>.

IV.

Fazit

Deutschland und die Vereinigten Staaten stehen in der Migrationspolitik vor vielen vergleichbaren Herausforderungen. Beide Länder müssen unterschiedliche Formen von Migrationsdruck bewältigen – von humanitärem Schutz bis zu arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen – und zugleich überlastete Asylsysteme reformieren sowie das öffentliche Vertrauen in Grenzverwaltung und Integrationsfähigkeit stärken. Diese Spannungen haben es rechten Akteuren erleichtert, die Debatte zu dominieren, indem sie Kontrolle und Mitgefühl als unvereinbare Gegensätze darstellen. Die zentrale Aufgabe progressiver Politik besteht daher darin, über reaktives Krisenmanagement hinauszugehen und eine eigene Agenda zu formulieren, die Glaubwürdigkeit, Fairness und effektives Management miteinander verbindet.

Die in diesem Papier skizzierten Empfehlungen zeigen, wie eine solche Politik aussehen kann. Sie ist weder rein defensiv noch ausschließlich humanitär ausgerichtet, sondern verbindet praktische Problemlösungskompetenz mit einem klaren Blick auf gesellschaftliche und politische Realitäten. Der vorgeschlagene Ansatz verfolgt drei eng miteinander verknüpfte Ziele: erstens die Wiederherstellung des Vertrauens in eine progressive Migrationspolitik; zweitens den Aufbau flexibler, anpassungsfähiger Systeme, die dem nationalen Interesse dienen; und drittens die Rückeroberung der politischen Debatte durch konsistente, evidenzbasierte Kommunikation.

1. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine progressive Einwanderungspolitik zurückgewinnen

Ein zentrales Fundament progressiver Migrationspolitik ist das **Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln**. In Deutschland wie in den USA ist die Unterstützung dafür immer dann stark gesunken, wenn Regierungen den Eindruck erweckten, die Kontrolle über Grenzen zu verlieren oder Auswahl- und Asylverfahren nicht effektiv zu organisieren. Für progressive Akteure gilt daher: Langfristige Unterstützung für legale Migration lässt sich nur sichern, wenn staatliche Steuerungsfähigkeit glaubwürdig vermittelt wird.

Dazu gehört auch die **Modernisierung des Asylsystems**. Das bedeutet vor allem, ausreichend in eine faire und zügige Bearbeitung zu investieren, transparente Prüfverfahren sicherzustellen sowie klar zu kommunizieren, wer aus welchen Gründen Anspruch auf Schutz hat. Der Abbau von Rückständen, die Ausweitung humanitärer Visa und sicherer Mobilitätswege sowie der Einsatz digitaler Triage-Systeme können dazu beitragen, Verfahren verlässlicher und effizienter zu gestalten.

Gleichzeitig müssen Regierungen **gezielt dort unterstützen, wo die Belastungen besonders hoch** sind – etwa bei Kommunen, die viele Neuankömmlinge aufnehmen. Auf internationaler Ebene sollten Hilfsmaßnahmen enger mit regionalen Schutzprogrammen abgestimmt werden, um den Anreiz gefährlicher Fluchtrouten zu verringern. Wenn progressive Entscheidungsträger_innen Ordnung, Fairness und konkrete Unterstützung vor Ort verbinden, können sie zeigen, dass eine gut gesteuerte Migrationspolitik die Akzeptanz für humanitäre Verantwortung stärkt, anstatt sie auszuhöheln.

2. Flexible Migrationssysteme entwickeln, die dem nationalen Interesse dienen

Ein stabiles System zur Steuerung von Migration braucht eine klare **Vision, wie Einwanderung zum nationalen Interesse beiträgt**. Wenn Regierungen nachvollziehbar aufzeigen, welchen Wert Migration für Wohlstand, Innovation und Versorgungssicherheit besitzt, wird sie eher als Chance statt als Belastung wahrgenommen werden. Dafür müssen Deutschland und die USA ihre **Einwanderungssysteme flexibler gestalten**.

Progressive Akteure sollten Pilotprogramme unterstützen, die es Arbeitgeber_innen ermöglichen, gezielt Arbeitskräfte anzuwerben – sei es für den Wiederaufbau nach Naturkatastrophen oder zur Bewältigung anhaltenden Arbeitskräftemangels. Programme zur Vergabe von **Aufenthaltstiteln ohne externe Sponsoren**, wie sie in Australien und Kanada zum Einsatz kommen, ermöglichen qualifizierten Personen, auf Grundlage klarer und anpassungsfähiger Kriterien selbst eine Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen.

Auch das **»Filtern« im Migrationsmanagement** sollte neu gedacht werden. Mehrstufige Verfahren, die etwa **Smartphone-Anwendungen und regionale Bearbeitungszentren** einsetzen, können dazu beitragen, Anträge schneller zu überprüfen und gleichzeitig humane Standards einzuhalten. Indem Bewerbungen über solche Kanäle, insbesondere in wichtigen Migrationskorridoren, priorisiert werden, lassen sich Migrationsströme besser steuern, ohne internationale Verpflichtungen zu verletzen.

Schließlich bieten **staatliche und regionale Initiativen** große Chancen, gute Regierungsführung sichtbar zu machen. In beiden Ländern regeln Bundesländer bzw. Bundesstaaten zentrale Bereiche wie Integration, Berufslizenzen und Aufenthaltsverwaltung. In den USA könnten weitere Bundesstaaten etwa den Zugang zu Berufslizenzen für Nichtstaatsbürger_innen über Steueridentifikationsnum-

mern erleichtern. Deutsche Bundesländer könnten Modelle zur Anerkennung von Qualifikationen und zur Organisation lokaler Aufenthaltsverfahren ausbauen. Solche pragmatischen, vor Ort spürbaren Reformen schaffen konkrete Fortschritte und stärken Schritt für Schritt das Vertrauen der Bevölkerung.

3. Kommunikation entscheidet: Warum progressive Akteure das Feld nicht der Rechten überlassen dürfen

Politische Reformen sind besonders wirksam, wenn sie von einer glaubwürdigen öffentlichen Kommunikation begleitet werden. Progressive Akteure müssen **nativistischen Darstellungen mit Fakten und Beharrlichkeit begegnen** und klar aufzeigen, wie Migration zum Wirtschaftswachstum beiträgt, Arbeitskräftemangel abfedert und Sozialsysteme stabilisiert. Gleichzeitig sollten sie die vereinfachende **Pro-Contra-Logik** durchbrechen, die die Debatte unnötig polarisiert. Wird Migration als Frage guter Verwaltung statt als ideologischer Konflikt dargestellt, lassen sich skeptische Wähler_innen eher erreichen und extremistische Positionen entschärfen.

Progressive Akteure müssen darüber hinaus **von einer reinen Verteidigung der Institutionen zur aktiven Gestaltung von Politik** übergehen. Der Schutz des Asylrechts und internationaler Normen bleibt zentral. Vertrauen entsteht jedoch nur, wenn diese Prinzipien auch praktisch funktionieren – etwa durch schnellere und verlässlichere Asylverfahren, eine bessere Abstimmung zwischen Akteuren auf Bundes- und lokaler Ebene sowie den Ausbau legaler Migrationswege, die den Druck an den Grenzen reduzieren.

Migration bleibt ein komplexes Thema, für das keine einheitliche Lösung existiert. Die Erfahrungen aus den USA zeigen jedoch, dass rechte Parteien das Vakuum füllen, wenn progressive Akteure sich aus der Debatte zurückziehen. Dann prägen sie die öffentliche Wahrnehmung, gewinnen politischen Einfluss und untergraben liberale demokratische Institutionen. Progressive Akteure in Deutschland und den USA können dieses Terrain zurückgewinnen. Durch eine Kombination aus glaubwürdiger Regierungsführung, klarer Kommunikation und pragmatischer, prinzipiengeleiteter Politik können sie Vertrauen aufbauen, Kompetenz vermitteln und eine Migrationspolitik gestalten, die humanitäre Werte wahrt und zugleich den nationalen Interessen dient.

Über die Autor:innen

Stephanie von Meien hat vor ihrem Aufenthalt in den USA im Bundesministerium des Innern gearbeitet und war dort stellvertretende Leiterin der Online-Kommunikation. Sie war außerdem im Auswärtigen Amt und im Deutschen Bundestag tätig. Sie besitzt einen Masterabschluss in International Affairs vom Graduate Institute of International and Development Studies (IHEID) in Genf und einen Bachelor in European Studies von der Maastricht University in den Niederlanden.

Cristobal Ramón ist ein unabhängiger Experte für US-amerikanische und globale Migrationspolitik. Zuvor arbeitete er als Senior Advisor bei UnidosUS, beim Immigration Project des Bipartisan Policy Center und beim National Immigration Forum. Er ist Absolvent des Macclesfield College sowie des Master-of-Arts-Studiengangs International Affairs an der Elliott School of International Affairs der George Washington University.

Hannah Tyler arbeitet seit Januar 2023 Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik im FES-Auslandsbüro USA und Kanada in Washington, D.C. Davor war sie als Immigration Research Analyst beim Bipartisan Policy Center. Sie verfügt über einen Masterabschluss in German and European Studies von der Georgetown University sowie einen Bachelorabschluss in Geschichte und Theaterwissenschaft von der Rice University.

Migration gestalten

Progressive Kräfte in Deutschland und den Vereinigten Staaten stehen vor vergleichbaren migrationspolitischen Herausforderungen. Einwanderung ist zu einem zentralen Wahlkampfthema geworden, während rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative zunehmend die öffentliche Debatte prägen. Umso entscheidender ist es für progressive Akteure, Ansätze zu entwickeln, die Fairness, Glaubwürdigkeit und wirksame Regierungsführung miteinander verbinden.

Die Entwicklungen in den USA zeigen, wie rechtspopulistische Mobilisierung migrationsfeindliche Stimmungen verstärkt und demokratische Institutionen unter Druck setzt. Progressive Akteure können dem nur mit einer glaubwürdigen migrationspolitischen Agenda begegnen: einer Agenda, die das Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit stärkt, flexible und zukunftsfähige Einwanderungssysteme im Einklang mit nationalen Interessen schafft und die politische Deutungshoheit durch konsistente, evidenzbasierte Kommunikation zurückgewinnt.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)